

Klares Statement der Liberalen

Hermann Grupe: Ringelschwanzprämie verursacht Tierleid – Schweineställe nicht landesweit zum Versuchslabor machen

Freitag 13. März 2015 - **Hannover (wbn). Klare Ansage der Liberalen aus Hannover: Hermann Grupe, agrarpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, fordert die sofortige Einstellung der Pläne zur Ringelschwanzprämie, um Schweine in Niedersachsen vor unnötigen Qualen zu schützen.**

„Der Staatssekretär musste heute im Agrarausschuss einräumen, dass die Ringelschwanzprämie der Landesregierung großes Tierleid verursachen würde. Bei Versuchen der Tierärztlichen Hochschule Hannover wurden teilweise über 95 Prozent der Tiere verletzt. Wenn die Regierung Weil die Ringelschwanzprämie wirklich umsetzt, macht sie Schweineställe landesweit zum staatlich verordneten Tierversuchslabor“, ärgert sich der FDP-Agrarexperte und Landwirt. „Allein die Versuche zur Machbarkeit der Prämie hätten eigentlich aus Tierschutzgründen abgebrochen werden müssen.“

Fortsetzung von Seite 1

Nach Aussage des Ministeriums sei die Ringelschwanzprämie in Schweineställen mit Spaltenboden ohnehin nicht sinnvoll anwendbar. Nahezu alle Schweine in Niedersachsen werden Grupe zufolge auf Spaltenboden gehalten. „Die eingeplanten 28 Millionen Euro für die Ringelschwanzprämie genügen theoretisch für 2 Prozent der Tiere. Der Minister plant also keine nachhaltige Verbesserung des Tierwohls, sondern lediglich profitable Mitnahmeeffekte für einige wenige Schweinehalter. Wir brauchen nicht die Qualprämie der Regierung Weil sondern größtmögliches Tierwohl für alle Tiere“, so Grupe.

FDP-Fraktion fordert sofortige Einstellung der Planungen zur Ringelschwanzprämie

Geschrieben von: Lorenz

Freitag, den 13. März 2015 um 13:10 Uhr

Das heute vorgestellte Gutachten zeige glasklar, dass die Prämienpläne der Landesregierung in Wahrheit Tierqual prämiieren. Grupe: „Die FDP-Fraktion fordert, die Ringelschwanzprämie schnellstmöglich einzustampfen. SPD und Grüne haben sich leider noch immer nicht von diesem Irrweg ideologischer Agrarpolitik verabschiedet.“